

barkeit (Fühlbarkeit) des Eingriffs tatbestandsmäßig abgeschlossenen und fälligen Entschädigungsanspruch entstehen. Der neue Eigentümer, in dessen Person der Eingriff spürbar werde, müsse, wenn er den Entschädigungsanspruch geltend mache, den Übergang der von dem Vor-eigentümer erlangten Rechtsposition auf ihn, den neuen Eigentümer, durch Gesamt- oder Einzelrechtsnachfolge dartun. Auch um einen solchen Fall geht es hier – im unmittelbaren Anwendungsbereich des § 42 BImSchG – nicht.

Wissenswertes für den Rechtsanwalt

§ 13 GKG (Streitwert; Streitwertkatalog; Anbau; Wohneinheit; Einfamilienhaus)

Amtlicher Leitsatz:

Der Streitwertkatalog für die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist nur eine Handreichung für die Praxis, keine anwendbare oder auslegungsfähige Rechtsnorm.

BayVGh, Beschluss vom 11. 7. 2003 Az. 25 C 03.1464

Aus den Gründen:

Die von den Bevollmächtigten der Klägerin im eigenen Namen erhobene Beschwerde gegen die Streitwertfestsetzung des Verwaltungsgerichts ist zulässig (§ 9 Abs. 2 Satz 1 BRAGO, § 25 Abs. 3 Sätze 1 und 3, Abs. 2 Satz 3 GKG), aber nicht begründet.

Gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 GKG ist in Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit der Streitwert grundsätzlich nach der sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen. Ausgangspunkt für die Festsetzung des Streitwerts und die Überprüfung durch das Beschwerdegericht ist diese gesetzliche Vorschrift. Demgegenüber hält die Beschwerdebe-gründung einen Verstoß gegen den Streitwertkatalog für die Verwal-tungsgerichtsbarkeit, Fassung 1996, einer Arbeitsgruppe aus Richtern der Verwaltungsgerichtsbarkeit (im Folgenden: Streitwertkatalog; ver-öffentlicht z.B. in NVwZ 1996, 563 oder bei Kopp/Schenke, VwGO, 13. Aufl. 2003, Anhang zu § 164 RdNr. 14) für gegeben. Das gibt dem Senat Anlass darauf hinzuweisen, dass der Streitwertkatalog keine Norm ist und deshalb weder wie eine gesetzliche Gebührentabelle „an-gewendet“ noch durch „Auslegung“ nach weiteren Untergruppen oder Bruchteilen ausdifferenziert werden kann. Es handelt sich beim Streit-wertkatalog nur um eine Handreichung für die Praxis, die den Sachver-stand erfahrener Richter darstellt und mitteilt, welche Beträge von den Verfassern für gewisse Sachverhalte zum damaligen Zeitpunkt als „gute Praxis“ der Verwaltungsgerichte angesehen wurden. An der Aufgabe des Gerichts, im jeweiligen Einzelfall das Gesetz anzuwenden und das ihm eingeräumte Ermessen auszuüben, ändert das Vorhandensein des Streitwertkatalogs nichts.

Nach Auffassung des Senats ist es Zweck des vom Gesetz durch § 13 Abs. 1 Satz 1 GKG dem Gericht eröffneten Ermessens, die richterliche Arbeitskraft auf die Sachentscheidung zu konzentrieren und nicht für ein Nebenverfahren wie die Streitwertfestsetzung zu vergeuden. Das spricht gegen eine Überbetonung des Streitwertkatalogs, die zur Dis-kussion neuer Auslegungsprobleme und zu sonstiger Erhöhung des Be-gründungsaufwands führt. Der Senat vermeidet es daher in ständiger Praxis, die Verwaltungsgerichte in der Ausübung ihres Ermessens zu korrigieren, es sei denn, standardisierbare Vorgänge verlangten nach einer Vereinheitlichung der Streitwertbemessungspraxis oder die Festset-zung im Einzelfall erschiene als offensichtlich unangemessen.

Im vorliegenden Fall war Streitgegenstand ein Anspruch auf Ertei-lung eines Vorbescheids für den Anbau an ein bestehendes Wohnhaus der Klägerin auf deren ungeteiltem Grundstück; der Anbau soll an der Grundstücksgrenze an ein weiteres Wohnhaus der Klägerin anschlie-ßen. Das Verwaltungsgericht hat hierfür einen Streitwert von 3.750 Eu-ro festgesetzt. Es lehnt sich dabei an Nr. II 7.1.2 des Streitwertkatalogs an (15.000 DM: Baugenehmigung für eine Wohneinheit in Mehrfa-milienhaus), reduziert auf die Hälfte für das Vorbescheidsverfahren (Nr. II 7.2 des Streitwertkatalogs). Die Bevollmächtigten der Klägerin möchten Nr. II 7.1.1 (30.000 DM für Einfamilienhaus) angewendet se-hen und die Minderung für den Vorbescheid wegen des Wortlauts der Nr. II 7.2 des Streitwertkatalogs („mindestens ½ des Ansatzes“) nur bis zu einem Streitwert von 20.000 DM (entspricht 10.225,84 Euro) durch-schlagen lassen. Die Landesanwaltschaft Bayern hält als Vertreter des öffentlichen Interesses einen Streitwert von 7.669,38 Euro (entspricht 15.000 DM) für richtig. Den Bevollmächtigten der Klägerin ist ein-zuräumen, dass der reihenhausähnliche Anbau mit eigenem Eingang eher einem Einfamilienhaus als einer Wohneinheit in einem Mehrfa-milienhaus im Sinne des Streitwertkatalogs entspricht. Andererseits liegt es auf der Hand, dass nach Lage, Größe und Ausstattung sowohl bei Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern als auch bei Reihenhäu-sern, Doppelhaushälften und einzeln stehenden Einfamilienhäusern große Unterschiede bestehen können, die die wirtschaftliche Bedeu-tung der Sache für den Kläger beeinflussen. Der Senat sieht keinen An-lass, hier durch Definitionen oder Differenzierungen die Kasuistik des Streitwertkatalogs weiterzuentwickeln, weil dies dem oben genannten Zweck des § 13 Abs. 1 Satz 1 GKG widerspräche, sondern geht von einer größeren Bandbreite möglicher Streitwertfestsetzungen aus. Er sieht deshalb keinen Ermessensfehler darin, dass das Verwaltungsgericht sich an den Streitwert für die Wohneinheit „anlehnt“. Das gilt auch für den angenommenen Minderungsfaktor ½ für den Vorbescheid, der zwar nicht zwingend, aber doch vertretbar ist.

Insgesamt erscheint der vom Verwaltungsgericht festgesetzte Streit-wert – der noch unter dem Auffangstreitwert des § 13 Abs. 1 Satz 2 GKG liegt – dem Senat zwar als recht niedrig, aber noch nicht als offensicht-lich unangemessen. Die Beschwerde war daher zurückzuweisen.

AUSBILDUNG UND PRÜFUNG

Aufgabe 6 der Ersten Juristischen Staatsprüfung 2001/2
(Arbeitszeit 5 Stunden)

Die Deutsche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (DWPG) ist eine Aktienge-sellschaft mit Sitz in Deutschland. 20% der Aktienanteile sind im Besitz einer in der Schweiz ansässigen Holdinggesellschaft, weitere ca. 20% be-finden sich in der Hand deutscher Investmentfonds, die übrigen Anteile in privatem Streubesitz im In- und Ausland. Anfang 2000 erstellt die Gesellschaft für ihre deutschen Kunden eine farbige Werbebroschü-re, die im Empfangsbereich des Verwaltungsgebäudes der Gesellschaft ausgelegt wird. Darin sind mit deren jeweiligem Einverständnis einige Vorstandsvorsitzende anderer Unternehmen abgebildet, die durch die Gesellschaft betreut werden. So ist neben einem Foto des Vorstands-vorsitzenden Dr. Verrel der Jauernig-AG zu lesen:

„Seine Mitarbeiter und er wissen, dass Kreativität nicht nur Freiräume braucht, sondern auch die Sicherheit einer vertrauensvollen Zusam-menarbeit mit kompetenten Partnern. Wir wissen das Vertrauen zu schätzen: Sobald uns das Mandat zur Jahresabschlussprüfung übertra-gen wird, gelten nicht nur die Spielregeln der Finanzwelt und des Ge-setzgebers, sondern auch unser hoher Qualitätsstandard. Dieser ist weltweit gleich: Kompetenz, Verlässlichkeit und eben Vertrauen“.

Neben einem weiteren Porträt des Vorstandsvorsitzenden Professor Dr. Gutenberg der Xylander-AG steht folgender Text:

„Als Unternehmerpersönlichkeit braucht er Partner, mit denen er eine Vision teilen kann. Aber nicht nur das. Er kann sich auch auf unser Know-how als eine der weltweit größten Wirtschaftsprüfungsgesell-

schaften verlassen. Wir prüfen nach allen Rechnungslegungsvorschriften und international einheitlich hohen Qualitätsstandards. Für Erfolgsgeschichten wie die Xylander-AG“.

Auf Antrag der Wirtschaftsprüferkammer wird von der Staatsanwaltschaft entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen gegen die Deutsche Wirtschaftsprüfergesellschaft ein berufsgerichtliches Verfahren eingeleitet. In diesem verurteilt die Kammer für Wirtschaftsprüfersachen des zuständigen Landgerichts die Deutsche Wirtschaftsprüfergesellschaft zu einer Geldbuße von 50.000,-DM. Diese Entscheidung wird vom zuständigen Senat für Wirtschaftsprüfersachen beim Oberlandesgericht bestätigt. Die Revision zum Bundesgerichtshof bleibt erfolglos. Die Begründung aller drei gerichtlichen Entscheidungen basiert übereinstimmend auf folgenden Gesichtspunkten: Die Werbung der Gesellschaft sei nicht durch § 52 WPO (Wirtschaftsprüferordnung) und § 33 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1 und 2, § 34 der Berufssatzung Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer der Wirtschaftsprüferkammer zugelassen und damit berufswidrig. Werbung sei nur zulässig, soweit sie über die berufliche Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers unterrichte. Dies sei bei der Broschüre nicht durchgehend der Fall. Selbst wenn man von einer Informationswerbung ausginge, sei die Broschüre reklamehaft und damit unzulässig. Es gebe einen deutlichen Unterschied zwischen den Werbemöglichkeiten der gewerblichen Wirtschaft und denen der freien Berufe. Ein Freiberufler dürfe sich nicht dem reinen Gewinnstreben hingeben. Durch die Broschüre der Deutschen Wirtschaftsprüfergesellschaft werde eine solche Abgrenzung aufgehoben. Ausführungen zum Einfluss von Grundrechten auf die Entscheidung finden sich in den Urteilen nicht.

Die Deutsche Wirtschaftsprüfergesellschaft erhebt form- und fristgerecht Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht. Die angeführten Bestimmungen seien unwirksam, da verfassungswidrig, jedenfalls aber unrichtig angewendet worden. Verstößen worden sei gegen Art. 2 Abs. 1, Art. 5 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1, Art. 80 und 103 Abs. 2 GG.

Vermerk für die Bearbeiter:

In einem Gutachten, das auf alle aufgeworfenen Rechtsfragen eingeht, sind die Erfolgsaussichten der Verfassungsbeschwerde zu prüfen.

Bei der Bearbeitung sind die in der Anlage abgedruckten Vorschriften zu berücksichtigen.

Anlage

1. Auszug aus dem Gesetz über eine Berufsordnung für Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung, WPO)

§ 1 Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfergesellschaft

- (1) ...
- (2) Der Wirtschaftsprüfer übt einen freien Beruf aus. Seine Tätigkeit ist kein Gewerbe.

§ 2 Inhalt der Tätigkeit

- (1) Wirtschaftsprüfer haben die berufliche Aufgabe, betriebswirtschaftliche Prüfungen, insbesondere solche von Jahresabschlüssen wirtschaftlicher Unternehmen, durchzuführen und Bestätigungsvermerke über die Vornahme und das Ergebnis solcher Prüfungen zu erteilen.
- (2) ...
- (3) Wirtschaftsprüfer sind weiter befugt
 1. unter Berufung auf ihren Berufseid auf den Gebieten der wirtschaftlichen Betriebsführung als Sachverständige aufzutreten;
 2. in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten und fremde Interessen zu wahren;
 3. zur treuhänderischen Verwaltung.

§ 4 Wirtschaftsprüferkammer

- (1) Zur Erfüllung der beruflichen Selbstverwaltungsaufgaben wird eine Kammer der Wirtschaftsprüfer gebildet. Sie führt die Bezeichnung „Wirtschaftsprüferkammer“.
- (2) Die Wirtschaftsprüferkammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. ...

§ 27 Rechtsform

- (1) Aktiengesellschaften ... können nach Maßgabe der Vorschriften dieses Abschnittes als Wirtschaftsprüfergesellschaften anerkannt werden. ...

§ 28 Voraussetzungen für die Anerkennung

- (1) Voraussetzung für die Anerkennung ist, dass die Mitglieder des Vorstandes, die Geschäftsführer, die persönlich haftenden Gesellschafter oder Partner Wirtschaftsprüfer sind. ...

§ 52 Kundmachung und berufswidrige Werbung

Der Wirtschaftsprüfer ist zu berufswürdigem Verhalten bei der Kundmachung seiner Tätigkeit und bei der Auftragsübernahme verpflichtet. Berufswidrige Werbung ist ihm nicht gestattet. Eine Werbung ist nicht berufswidrig, soweit sie über die berufliche Tätigkeit in Form und Inhalt sachlich unterrichtet und nicht auf die Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichtet ist.

§ 57 Aufgaben der Wirtschaftsprüferkammer

- (1) ...
- (2) ...
- (3) Die Wirtschaftsprüferkammer kann ... eine Satzung über die Rechte und Pflichten bei der Ausübung der Berufe des Wirtschaftsprüfers ... erlassen; ...
- (4) Die Berufssatzung kann im Rahmen der Vorschriften dieses Gesetzes näher regeln:
 1. Allgemeine Berufspflichten
 - a) ...
 - b) berufswürdiges Verhalten; ...
 4. Besondere Berufspflichten im Zusammenhang mit erlaubter Kundmachung und berufswidriger Werbung
 - d) Grenzen der sachlichen Information über das Dienstleistungsangebot, Kriterien für eine reklamehafte Werbung, der Mandatswerbung und der Drittwerbung.

§ 67 Ahndung einer Pflichtverletzung

- (1) Gegen einen Wirtschaftsprüfer, der seine Pflichten schuldhaft verletzt, wird eine berufsgerichtliche Maßnahme verhängt. ...

§ 68 Berufsgerichtliche Maßnahmen

- (1) Die berufsgerichtlichen Maßnahmen sind
 1. Warnung
 2. Verweis
 3. Geldbuße bis zu 100.000,- DM
 4. Ausschließung aus dem Beruf.

2. Auszug aus der Satzung über die Rechte und Pflichten bei der Ausübung der Berufe des Wirtschaftsprüfers und des vereidigten Buchprüfers (Berufssatzung Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer der Wirtschaftsprüferkammer)

§ 33 Grenzen der sachlichen Information über das Dienstleistungsangebot

- (1) Werbung ist nur zulässig, soweit sie über die berufliche Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers/vereidigten Buchprüfers unterrichtet. Dabei dürfen nur solche Dienstleistungen genannt werden, die der Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer bereit und in der Lage ist, unter den dafür geltenden Berufspflichten zu erbringen. Nicht zulässig ist Werbung, mit der ausschließlich der Name des Wirtschaftsprüfers/vereidigten Buchprüfers bekannt gemacht wird oder verbreitet werden soll.
- (2) Nach Absatz 1 zulässige Werbung muss in der Form sachlich sein. Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer haben jedes Herausstellen der eigenen Person oder Leistung zu unterlassen. Eine vergleichende Werbung ist nicht erlaubt.
- (3) Nach Absatz 1 zulässige Werbung muss vom Inhalt her sachlich sein. Die Informationen müssen sachlich richtig, objektiv nachprüfbar und auf die eigene Berufstätigkeit bezogen sein.

§ 34 Kriterien der reklamehaften Werbung

- (1) Eine Unterrichtung über die berufliche Tätigkeit ist auch dann in Form und Inhalt nicht sachlich, wenn sie reklamehaft ist.
- (2) Werbung ist reklamehaft, wenn sie sich Methoden der gewerblichen Wirtschaft bedient, die mit dem Berufsbild des Wirtschaftsprüfers/vereidigten Buchprüfers als freier Beruf nicht vereinbar sind. Dabei sind im Rahmen der Gesamtwürdigung neben Form und Inhalt insbesondere auch die Wahl des Werbeträgers und die Häufigkeit des werbenden Auftretens zu berücksichtigen.

Lösungsskizze zur Aufgabe 6 der Ersten Juristischen Staatsprüfung 2001/2

(Text s. BayVBl. 2004, 28)

Die Verfassungsbeschwerde hat Erfolg, wenn sie zulässig und begründet ist.

A. Zulässigkeit

1. Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts

Gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 a GG, § 13 Nr. 8 a, §§ 90 ff. BVerfGG ist das Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde zuständig.

2. Antragsberechtigung

Zur Erhebung der Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 a GG ist grundsätzlich jedermann befugt (§ 90 Abs. 1 BVerfGG). Voraussetzung ist allerdings, dass der Beschwerdeführer im Hinblick auf ein in Betracht kommendes Grundrecht Grundrechtsträger ist. Als möglicherweise verletzte Grundrechte kommen Art. 2 Abs. 1, Art. 5 Abs. 1 und Art. 12 Abs. 1 GG sowie Art. 103 Abs. 2 GG in Betracht.

Nach Art. 19 Abs. 3 GG gelten die Grundrechte auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind. Dass es sich bei der DWPG um eine juristische Person handelt, ist zweifelsfrei. Fraglich ist aber, ob die genannten Grundrechte „ihrem

Wesen nach“ auf sie anwendbar sind. Bei den prozessualen Gewährleistungen wie Art. 103 Abs. 2 GG ist dies unumstritten. Im Übrigen soll eine Einbeziehung der juristischen Personen in den Schutzbereich der Grundrechte – ausgehend von der Funktion der Grundrechte als Institution zum Schutz der Menschenwürde – dann gerechtfertigt sein, wenn „ihre Bildung und Betätigung Ausdruck der freien Entfaltung der natürlichen Personen sind, besonders wenn der ‚Durchgriff‘ auf die hinter den juristischen Personen stehenden Menschen dies als sinnvoll und erforderlich erscheinen lässt“ (BVerfGE 21, 362/369; v. Münch/Kunig-Krebs, GG, Art. 19 RdNr. 37). In der Literatur wird auch darauf abgestellt, ob sich die juristische Person jeweils in einem „Außenrechtsverhältnis“ bzw. einer „grundrechtstypischen Gefährdungslage“ befindet (Nachweise bei v. Münch/Kunig-Krebs, a.a.O., RdNr. 39). Ausgehend von diesen Kriterien ist die Anwendbarkeit der hier relevanten Grundrechte anzunehmen. Bei Art. 12 GG wird sie allgemein bejaht, wenn die betreffende Erwerbstätigkeit ihrem Wesen nach in gleicher Weise von einer juristischen wie einer natürlichen Person ausgeübt werden kann (BVerfGE 21, 261 ff.). Art. 2 Abs. 1 GG soll auf juristische Personen jedenfalls im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung anwendbar sein (st. Rspr.; vgl. z.B. BVerfGE 78, 232). Beides ist bei der Betätigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der Fall.

Problematisch ist weiter das Merkmal „inländisch“. Voraussetzung hierfür ist, dass die juristische Person ihren Sitz, also den tatsächlichen Mittelpunkt ihrer Tätigkeit im Inland hat. Dies ist aber bei der DWPG der Fall. Der Sitz der Gesellschaft liegt in Deutschland. Da sich die Broschüre an die deutschen Kunden richtet, ist davon auszugehen, dass der Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft im Inland liegt.

Im Hinblick auf Art. 12 Abs. 1 GG stellt sich jedoch insoweit ein Problem, als es sich bei diesem Grundrecht um ein Deutsches-Grundrecht handelt. Die Aktienanteile der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft werden teilweise im Ausland gehalten oder sind im Besitz von Ausländern. Die Grundrechtsträgerschaft der DWPG im Hinblick auf Art. 12 Abs. 1 GG lässt sich aber nur dann verneinen, wenn die Gesellschaft von ausländischen Anteilseignern „beherrscht“ wird. Dies lässt sich im konkreten Fall trotz des 20%igen Anteils einer Schweizer Holdinggesellschaft nicht annehmen. Der Ausschluss der Grundrechtsberechtigung bei einer inländischen juristischen Person wird sich ohnehin letztlich nur dann rechtfertigen lassen, wenn eine eindeutige Beherrschung durch nicht grundrechtsberechtigte ausländische natürliche Personen oder juristische Personen vorliegt. Da kaum zuverlässig feststellbar ist, welche Anteile im konkreten Fall in der Hand von nicht grundrechtsberechtigten Personen sind, ist im Zweifel davon auszugehen, dass eine Grundrechtsberechtigung der Gesellschaft auch im Bereich des Art. 12 Abs. 1 GG angenommen werden kann (zum Gesamtproblem siehe Huber, in: von Mangoldt/Klein/Starck, Bonner Grundgesetz, Band 1, 4. Aufl. 1999, Art. 19 RdNr. 317).

Hinweis: In jedem Fall ist die DWPG Grundrechtsträger im Hinblick auf Art. 2 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 1 GG sowie das „Justizgrundrecht“ des Art. 103 Abs. 2 GG. Dies genügt zur Annahme der Antragsberechtigung. Die Problematik des persönlichen Schutzbereichs des Art. 12 Abs. 1 GG kann deshalb auch erst in der Begründetheitsprüfung behandelt werden.

3. Beschwerdegegenstand

Die Verfassungsbeschwerde kann gegen Akte der inländischen öffentlichen Gewalt erhoben werden. Öffentliche Gewalt im Sinne der Bestimmung über die Verfassungsbeschwerde sind Exekutive, Legislative und Judikative. Im vorliegenden Fall werden Entscheidungen der Justiz angegriffen. Hierbei handelt es sich um Akte der öffentlichen Gewalt.

Nicht Gegenstand des Verfahrens ist der Antrag der Wirtschaftsprüferkammer an die Staatsanwaltschaft. Dieser Antrag bereitet die gerichtliche Entscheidung nur vor, beinhaltet jedoch noch keinen Grundrechtseingriff.

4. Beschwerdebefugnis

Die Verletzung eines Grundrechts muss jedenfalls möglich erscheinen. Im vorliegenden Fall lässt sich nicht ausschließen, dass die gerichtlichen Entscheidungen Grundrechte der DWPG verletzen. Die Gesellschaft ist auch qualifiziert, nämlich selbst, gegenwärtig und unmittelbar betroffen (das letzte Kriterium spielt bei Verfassungsbeschwerden, die sich nicht gegen Gesetze richten, letztlich keine besondere Rolle).

5. Erschöpfung des Rechtswegs, Subsidiarität (§ 90 Abs. 2 BVerfGG)

Der Rechtsweg ist ausgeschöpft, andere Rechtsschutzmöglichkeiten stehen nicht zur Verfügung.

6. Zwischenergebnis

Die Verfassungsbeschwerde ist zulässig.

Hinweis: Die Annahme zur Entscheidung nach § 93 a BVerfGG ist nach richtiger Auffassung keine Zulässigkeitsvoraussetzung für die Verfassungsbeschwerde. Gleichwohl kann hierauf an dieser Stelle kurz hingewiesen werden.

B. Begründetheit

I. Vorüberlegung

Die Verfassungsbeschwerde ist dann begründet, wenn ein Grundrecht der Beschwerdeführerin verletzt wird. Die in Betracht kommenden

Grundrechte sind im Sachverhalt genannt. Hinsichtlich der Reihenfolge der Prüfung darf jedenfalls Art. 2 Abs. 1 GG nur dann geprüft werden, wenn ein Spezialgrundrecht (also vor allem Art. 5 Abs. 1 und Art. 12 Abs. 1 GG) nicht einschlägig ist, das heißt, wenn deren Schutzbereich nicht eröffnet ist. Art. 80 GG ist kein Grundrecht und darf nur inzident geprüft werden. Nicht ganz einfach ist die Entscheidung, ob man zunächst Art. 5 Abs. 1 GG oder zunächst Art. 12 Abs. 1 GG prüft. Die Rechtsprechung scheint dazu zu tendieren, zuerst Art. 12 Abs. 1 GG heranzuziehen (s. BVerfGE 85, 248/256).

Art. 103 Abs. 2 GG ist ein eigenes Grundrecht. Aufbaumäßig bietet es sich an, dieses Grundrecht entweder ganz am Anfang oder ganz am Ende anzusprechen.

II. Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG

In Betracht kommt ein Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG. Die Vorschrift verlangt, dass die Strafbarkeit einer Tat gesetzlich hinreichend bestimmt ist. Insofern stellen sich mehrere Probleme:

1. Anwendbarkeit auf berufsgerichtliche Maßnahmen

Fraglich ist zunächst, ob Art. 103 Abs. 2 GG auf ein berufsgerichtliches Verfahren überhaupt anwendbar ist. Dies wird allgemein bejaht (s. BVerfGE 45, 346/351 = BayVBl. 1977, 463 [amtliche Leitsätze]; Schulze-Fielitz, in: Dreier [Hrsg.], Grundgesetz-Kommentar, Band III, 2000, Art. 103 II RdNr. 16).

Dies lässt sich aus der Teleologie der Vorschrift ableiten. Das Verfassungsgebot der Gesetzesbestimmtheit soll gewährleisten, dass jedermann vorhersehen kann, welches Verhalten verboten und mit Strafe bedroht ist. Jedenfalls die in § 68 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 WPO vorgesehenen Sanktionen Geldbuße und Ausschluss aus dem Beruf haben repressiven Charakter und sind deshalb als Strafen im Sinne des Art. 103 Abs. 2 GG anzusehen.

2. Hinreichende Bestimmtheit

Hinsichtlich der hinreichenden Bestimmtheit der gesetzlichen Bestimmungen sind zwei Fragen zu unterscheiden. Zunächst ist zu diskutieren, ob es zulässig ist, das strafbare Verhalten in einer Satzung zu konkretisieren. Gesetzlich bestimmt im Sinne von Art. 103 Abs. 2 GG bedeutet zunächst, dass die Strafbarkeit eines Verhaltens und die Art der Strafen in einem parlamentarischen Gesetz bestimmt sein muss (BVerfGE 75, 329/342; 87, 399/411 = BayVBl. 1993, 272).

Grundsätzliche Bedenken gegen eine nähere Konkretisierung des strafbaren Verhaltens in einer Satzung bestehen nicht (BVerfGE 32, 346/362 f. = BayVBl. 1972, 294). Voraussetzung ist allerdings, dass sowohl die Satzung als auch das ermächtigende Gesetz den Anforderungen des Art. 103 Abs. 2 GG genügen (BVerfG, a.a.O.; Schulze-Fielitz, in: Dreier [a.a.O.], Art. 103 II RdNr. 30). Hierbei ist zu beachten, dass im Bereich der berufsgerichtlichen Sanktionen gewisse Einschränkungen hinsichtlich der Bestimmtheit zugelassen werden (BVerfGE 45, 346/351). Es entspreche der herkömmlichen Struktur als Standesrecht, dass die Berufspflichten der Standesangehörigen nicht in einzelnen Tatbeständen erschöpfend umschrieben werden könnten, eine vollzählige Aufzählung sämtlicher mit einem Beruf verbundenen Pflichten sei nicht möglich. Es bestünden deshalb keine Bedenken dagegen, die Berufspflichten generalklauselartig zusammenzufassen. Eine abschließende Umschreibung aller denkbaren Berufspflichten sei auch nicht notwendig, weil es sich um Normen handle, die nur den Kreis der Berufsangehörigen betreffen, sich aus der ihnen gestellten Aufgabe ergäben und daher für sie im Allgemeinen leicht erkennbar seien (BVerfGE 45, 346/351).

Hinweis: Hier dürfte von den Bearbeitern keine Kenntnis der Rechtsprechung des BVerfG zu erwarten sein. Es genügt, wenn der Bearbeiter im Rahmen seiner Argumentation zeigt, dass er sich der Besonderheit einer berufsrechtlichen Strafnorm bewusst ist.

Fraglich ist somit, ob unter diesen Voraussetzungen eine hinreichende Bestimmtheit angenommen werden kann. § 52 Satz 2 WPO ver-

wendet den Begriff der „berufswidrigen Werbung“. Dieser Begriff wird nicht abschließend definiert, sondern in § 52 Satz 3 WPO negativ abgegrenzt. Hiergegen bestehen keine Bedenken. Die Usancen im Bereich der Werbung sind kurzlebig. Es spricht nichts dagegen, dass der Gesetzgeber die Generalklausel „berufswidrig“ verwendet. Dies gilt umso mehr, als § 33 und § 34 der Wirtschaftsprüfersatzung die Kriterien zulässiger Werbung weiter konkretisieren und damit auch ihrerseits dem Bestimmtheitsgebot entsprechen. Keinen Bedenken unterliegt auch die Vorgabe eines Sanktionsrahmens (Geldbuße bis 100.000,- DM), da diese Regelungsform im gesamten Strafrecht üblich ist.

3. Zwischenergebnis

Ein Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG liegt nicht vor.

III. Verstoß gegen Art. 12 Abs. 1 GG

1. Schutzbereich

Das beanstandete Verhalten der DWPG müsste in den Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG fallen. Geschützt ist die berufliche Tätigkeit insgesamt, also sowohl die Berufsausübung als auch die Berufswahl. Das Auslegen der Broschüre steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit der DWPG. Die Werbetätigkeit fällt deshalb in den Schutzbereich des Grundrechts.

2. Eingriff

Ein Eingriff in Art. 12 Abs. 1 GG wird herkömmlicherweise nur dann bejaht, wenn eine subjektiv oder objektiv berufsregelnde Tendenz vorliegt. Im Einzelnen ist insoweit vieles unklar, vor allem ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sehr schwankend und ohne klare dogmatische Konturen. Im vorliegenden Fall einer speziell berufsrechtlichen Regelung ist jedoch relativ eindeutig davon auszugehen, dass ein Eingriff in Art. 12 Abs. 1 GG vorliegt (für die Einschlägigkeit von Art. 12 Abs. 1 GG auch BVerfGE 45, 346/353 f.).

3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs

a) Einschränkung der Grundrechte

Das Grundrecht der Berufsfreiheit untersteht nach Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG einem einheitlichen Gesetzesvorbehalt. Vorliegend handelt es sich um einen Eingriff auf der ersten Stufe im Sinne der Drei-Stufen-Theorie des Bundesverfassungsgerichts. Erforderlich ist das Vorliegen von vernünftigen Erwägungen für das Allgemeinwohl. Grundsätzliche Bedenken dagegen, dass das berufswidrige Werbeverhalten in einer Satzung konkretisiert wird, bestehen keine (siehe Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG: „Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes geregelt werden.“).

b) Verfassungsmäßigkeit der Wirtschaftsprüferordnung

Der Eingriff in das Grundrecht wäre nur dann gerechtfertigt, wenn die Wirtschaftsprüferordnung verfassungsmäßig ist. Anhaltspunkte für eine formelle Verfassungswidrigkeit des Bundesgesetzes bestehen keine. In materieller Hinsicht ist vom Antragsteller die Frage der Vereinbarkeit mit Art. 80 GG aufgeworfen worden. Die Bestimmtheitsanforderungen des Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG gelten jedoch nach feststehender Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht für Satzungsermächtigungen an Körperschaften im Rahmen der ihnen erteilten Autonomie (BVerfGE 33, 125/156 ff. = BayVbl. 1973, 267 [amtliche Leit-satz]; 49, 343/362).

Bei Satzungsermächtigungen ist stattdessen die so genannte Wesentlichkeitstheorie heranzuziehen, wonach der Gesetzgeber verpflichtet ist, die grundlegenden normativen Fragen selbst zu regeln. Diese Anforderung wird aus dem Rechtsstaats- und dem Demokratieprinzip hergeleitet, welche insbesondere bei möglichen Grundrechtseingriffen auch der Verleihung von Satzungsautonomie durch den Gesetzgeber Grenzen setzt (BVerfGE 33, 125/156 ff.; vgl. allgemein zur Wesentlich-

keitstheorie Schulze-Fielitz, in: Dreier [Hrsg.], Grundgesetz-Kommentar, Band II, 1998, Art. 20 [Rechtsstaat] RdNr. 103 ff.).

Die Wirtschaftsprüferordnung enthält in § 57 Abs. 4 Nr. 4 d eine Ermächtigung an die Wirtschaftsprüferkammer, die Grenzen der sachlichen Information über das Dienstleistungsangebot sowie Kriterien für eine reklamehafte Werbung zu regeln. Dies ist eine für den Bereich der beruflichen Selbstverwaltung vergleichsweise präzise Ermächtigungsgrundlage. Hinzu kommt, dass § 52 WPO selbst eine Regelung für die Zulässigkeit von Werbung enthält, die zur Konkretisierung der Ermächtigungsgrundlage herangezogen werden kann. Es bestehen deshalb keine Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit von § 57 WPO im Hinblick auf die Wesentlichkeitstheorie.

Die Werbebeschränkungen in der Wirtschaftsprüferordnung müssen schließlich mit dem Übermaßverbot vereinbar sein. Es muss zunächst ein legitimer öffentlicher Zweck verfolgt werden. Werbebeschränkungen bei freien Berufen dienen allgemein dazu, das Vertrauen der Öffentlichkeit in eine ordnungsgemäße Berufsausübung zu sichern. Wirtschaftsprüfer sind vor allem auch im öffentlichen Interesse tätig, indem sie Jahresabschlüsse durchführen und Bestätigungsvermerke erteilen. Dies dient vor allem dem Schutz der Gläubiger und Geschäftspartner sowie der Aktionäre der geprüften Unternehmen. Hierzu sind Werbebeschränkungen auch geeignet. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in Bestätigungsvermerke der Wirtschaftsprüfer wäre gestört, dürften diese um Aufträge buhlen wie die Waschmittelindustrie um potenzielle Käufer. Zur Erforderlichkeit kann an dieser Stelle wenig gesagt werden, da es auf die Ausgestaltung des Verbotes im Einzelfall ankommt. Gleiches gilt für die Verhältnismäßigkeit. Ebenfalls ist es nicht von vornherein ausgeschlossen, dass die öffentlichen Interessen an einer Beschränkung von Werbung gegenüber den Interessen der Wirtschaftsprüfer an der Durchführung von Werbung überwiegen.

c) Verfassungsmäßigkeit der Bestimmungen der Wirtschaftsprüfersatzung

Die berufsgerichtliche Verurteilung wäre weiterhin nur dann verfassungsmäßig, wenn auch die Berufssatzung verfassungsmäßig ist. Hierzu sind die einzelnen Bestimmungen, auf die die Verurteilung gestützt wurde, im Einzelnen heranzuziehen. Würde sich eine in den Urteilen zugrunde gelegte Bestimmung der Berufssatzung als rechtswidrig erweisen, ließe sich nicht ausschließen, dass die Verurteilung hierauf beruht; die Entscheidungen der Gerichte wären aufzuheben.

aa) Verfassungsmäßigkeit von § 33 Abs. 1 Satz 1 BS

§ 33 Abs. 1 Satz 1 BS erlaubt nur unterrichtende Werbung über die berufliche Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers. Dies dient der Sicherstellung der unabhängigen Stellung des Wirtschaftsprüfers. Hierzu ist das Verbot auch geeignet. Eine Werbung, die Elemente beinhalten würde, die mit der beruflichen Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers nicht zusammenhängen, würde den Eindruck erwecken, die Tätigkeit sei auch inhaltlich käuflich. Das Verbot ist auch verhältnismäßig, die Werbemöglichkeiten werden nicht übermäßig eingeschränkt.

bb) Verfassungsmäßigkeit von § 33 Abs. 2 BS

Die Berufssatzung verpflichtet die Wirtschaftsprüfer zu einer in der Form sachlichen Werbung. Dabei soll jedes Herausstellen der eigenen Person oder Leistung unterbleiben (§ 33 Abs. 2 Satz 2 BS). Die Sachlichkeit der Werbungsformen lässt sich mit ähnlichen Erwägungen wie die Verpflichtung auf sachliche Werbung insgesamt (§ 33 Abs. 1 BS) rechtfertigen. Fraglich ist allerdings, ob dies mit dem Verbot des Herausstellens der eigenen Person oder Leistung verbunden werden kann. Werbung beruht letztlich immer darauf, dass man die eigene Person oder Leistung herausstellt. Ansonsten würde man keine Werbung machen. Potenzielle Kunden sollen ja gerade dazu bewegt werden, dem Werbenden Aufträge zu erteilen, und nicht dem Konkurrenten. Damit ist § 33 Abs. 2 Satz 2 BS eigentlich sinnwidrig und damit auch verfassungswidrig. Fraglich ist allerdings, ob sich die Vorschrift verfassungskonform interpretieren lässt. Dies dürfte mit Rückgriff auf § 52 Satz 2 WPO möglich sein. Letztlich geht es um das Verbot berufswidriger

Werbung. Unzulässig sind also solche Verhaltensweisen, mit denen sich der Wirtschaftsprüfer in berufswidriger Weise selbst herausstellt. In dieser Lesart ist auch § 33 Abs. 2 Satz 2 BS verfassungsmäßig.

cc) Verfassungsmäßigkeit von § 34 BS

Auch hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit von § 34 BS ergeben sich keine grundsätzlichen Bedenken. Es geht um das Verbot berufswidriger Werbung, gegen das sich im Grundsatz nichts einwenden lässt. Ob im vorliegenden Fall eine berufswidrige Werbung vorliegt, hängt nicht mit der Verfassungsmäßigkeit der Satzung, sondern mit der Anwendung im Einzelfall zusammen und ist daher an dieser Stelle nicht zu prüfen.

d) Anwendung im Einzelfall

Die Verurteilung ist nur dann verfassungsmäßig, wenn die zugrunde liegenden Bestimmungen von den Gerichten richtig angewendet worden sind. Es ist jedoch zu beachten, dass das Bundesverfassungsgericht nicht die Aufgabe hat, die Rechtsanwendung im Einzelfall umfassend zu überprüfen (das Bundesverfassungsgericht ist kein „Superrevisionsgericht“). Vielmehr ist das Gericht darauf beschränkt, die Verletzung von so genanntem spezifischem Verfassungsrecht zu überprüfen. Zur Präzisierung greift man auch auf die so genannte Heck'sche Formel zurück. Danach gehört es nicht zu den Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts, eine Tatsachenfeststellung vorzunehmen. Spezifisches Verfassungsrecht ist hingegen verletzt, wenn die Fachgerichte nicht erkannt haben, dass grundrechtliche Garantien einschlägig sind, oder wenn der Ausgleich zwischen mehreren grundrechtlichen Garantien in grob unangemessener Weise vorgenommen wird (BVerfGE 18, 85/93; 42, 143/148; 95, 96/128; 97, 12/27).

Im vorliegenden Fall stellt sich zunächst das Problem, dass die Fachgerichte sich mit dem Einfluss der Grundrechte überhaupt nicht auseinander gesetzt haben. Dies ist vor dem Hintergrund des Art. 12 Abs. 1 GG jedoch nicht von vornherein schädlich. Es kommt nicht darauf an, ob die einschlägigen Grundrechte irgendwie genannt werden, sondern ob den aus den Grundrechten folgenden Anforderungen der Sache nach Rechnung getragen wird.

Ein Verfassungsverstoß kann sich jedoch noch aus einem Verstoß gegen das Übermaßverbot ergeben. Die Kontrolldichte durch das Bundesverfassungsgericht ist insofern nicht genau abschätzbar. Jedenfalls ist aber eine summarische Prüfung des Übermaßverbotes im konkreten Fall vorzunehmen. Hierbei ist insbesondere auf die von den Gerichten gegebenen Begründungen abzustellen.

Hinweis: Falsch wäre es, wenn die Bearbeiter die Rechtsanwendung durch die Gerichte im Sinne einer Subsumtion unter die einzelnen Tatbestände von Wirtschaftsprüferordnung und Berufssatzung nachprüfen würden. Dies ist gerade nicht die Aufgabe des Verfassungsgerichts.

Ein erstes Argument der Gerichte besteht darin, dass die Broschüre nicht durchgehend unterrichtend sei. Insofern ist jedoch fraglich, ob die Gerichte insoweit nicht die Anforderungen überspannen. Werbung muss auffallen, sie muss in gewissem Maße plakativ sein. Da auch die Werbung eines Freiberuflers grundsätzlich durch Art. 12 Abs. 1 GG geschützt ist, muss das Sachlichkeitsgebot restriktiv interpretiert werden. Aus den Angaben im Sachverhalt ist jedoch in keiner Weise erkennbar, welche Informationen in der Broschüre nicht unterrichtend sein sollen.

Ein zweites Argument besteht darin, die Broschüre sei reklamehaft. Auch insofern ist jedoch darauf zu verweisen, dass eine extensive Interpretation des Reklameverbotes dazu führen würde, dass Werbung überhaupt untersagt ist. Dies wäre aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich. Auch der Vorwurf der Reklamehaftigkeit ist deshalb nicht hinreichend belegt.

Schließlich berufen sich die Gerichte auf einen Unterschied zwischen den Werbemöglichkeiten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe. Allein aus der Zugehörigkeit zu einem freien Beruf können Werbebeschränkungen jedoch nicht gerechtfertigt werden. Derjenige, der einen freien Beruf ausübt, tut dies deshalb, um damit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Insofern besteht kein Unterschied zu an-

deren Berufen. Es muss deshalb konkret für den jeweils ausgeübten freien Beruf herausgearbeitet werden, welches öffentliche Interesse zur Beschränkung von Werbemöglichkeiten zwingt. Hierzu ist eine pauschale Berufung auf Unterschiede zwischen gewerblicher Wirtschaft und freien Berufen nicht geeignet.

Anmerkung: Im Einzelnen ist in diesem Bereich vieles umstritten, die ganze Materie ist stark in Bewegung. Es kann deshalb auch mit guten Gründen eine gegenteilige Ansicht vertreten werden.

Ein weiteres Argument gegen eine verhältnismäßige Beschränkung der Berufsfreiheit kann darin gesehen werden, dass die Broschüre nur im Empfangsbereich ausgelegt worden ist. Auf sie werden zunächst nur solche Personen aufmerksam, die bereits in geschäftlichem Kontakt mit der DWPG stehen.

4. Zwischenergebnis

Die Entscheidungen der Gerichte entsprechen den Anforderungen an einen verfassungsrechtlich gerechtfertigten Eingriff in Art. 12 Abs. 1 GG nicht.

IV. Vereinbarkeit mit Art. 5 Abs. 1 GG

1. Schutzbereich

Ob Wirtschaftswerbung vom Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 GG überhaupt umfasst ist, ist strittig. Die Rechtsprechung ist nicht eindeutig, jedenfalls wurden Werbeverbote dann an der Meinungsfreiheit gemessen, wenn die Ankündigung einen wertenden, meinungsbildenden Inhalt habe oder Angaben enthalte, die der Meinungsbildung dienen (BVerfGE 71, 162/175; 85, 248/263 ff.).

Meinungsbildende Funktion wird der Broschüre der DWPG nur in geringem Umfang zuzumessen sein, zumal sie nur in den Büroräumen ausgelegt wird. Insofern ist es vertretbar, die Einschlägigkeit von Art. 5 Abs. 1 GG schon vom Schutzbereich her zu verneinen, vor allem mit der Begründung, vorrangig sei Art. 12 Abs. 1 GG einschlägig.

Nach anderer Auffassung ist eine Unterscheidung von Werbung mit oder ohne meinungsbildenden Charakter nicht recht durchführbar. Das Ziel von Werbung sei immer, die Meinung des Adressaten „zu bilden“, nämlich dahin gehend, dass sie das entsprechende Produkt erwerben (so etwa Manssen, in: von Mangoldt/Klein/Starck (Hrsg.), Das Bonner Grundgesetz, 4. Aufl. 1999, Art. 12 Abs. 1 RdNr. 274). Da dem Art. 5 Abs. 1 GG keine Beschränkung auf wertvolle oder öffentliche Meinungsinhalte entnehmbar ist, spricht vieles für die zweite Auffassung. Damit ist der Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 GG berührt.

2. Eingriff

Durch die berufsgerichtliche Verurteilung wird in den Schutzbereich eingegriffen.

3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs

a) Vorliegen eines allgemeinen Gesetzes

Voraussetzung für den Eingriff in Art. 5 Abs. 1 GG ist das Vorliegen eines allgemeinen Gesetzes. Hierunter versteht man solche Gesetze, die sich nicht gegen die Äußerung einer Meinung als solche richten, sondern die vielmehr dem Schutz eines schlechthin, ohne Rücksicht auf eine bestimmte Meinung zu schützenden Rechtsguts dienen. Die Bestimmungen in der Wirtschaftsprüferordnung und der Berufssatzung sind in diesem Sinne allgemeine Gesetze.

b) Verfassungsmäßigkeit der Rechtsanwendung

Insofern stellt sich erneut das Problem der Beschränkung des Prüfungsumfangs durch das Bundesverfassungsgericht. Dass sich die Fachgerichte nicht mit Art. 5 Abs. 1 GG auseinander gesetzt haben, dürfte im Ergebnis unschädlich sein. Auch wenn man den Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 GG bejaht, betreffen Werbeaussagen primär die berufliche Tätigkeit. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass ein Eingehen auf Art. 5 Abs. 1 GG zu einem anderen Ergebnis führen würde.

Insofern ist das Grundrecht wohl nur in seinem Randbereich betroffen. Deshalb lässt sich auch bei der Überprüfung der Rechtsanwendung ein derart qualifizierter Verfassungsverstoß, wie er entsprechend dem Prüfungsmaßstab des BVerfG für eine Aufhebung der Gerichtsentscheidungen erforderlich wäre, nicht annehmen (Gegenauffassung vertretbar).

V. Endergebnis; Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Gemäß § 95 Abs. 2 BVerfGG wird das Bundesverfassungsgericht die Entscheidungen der Berufsgerichte (bzw. jedenfalls die letztinstanzliche Entscheidung) aufheben und den Rechtsstreit an ein zuständiges Gericht zurückverweisen.